Ein Paar ist ein Paar ist ein

Autor(en): **Brandner, Simone**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Skipper : Magazin für lesbische Lebensfreude**

Band (Jahr): **- (2004)**

Heft 1

PDF erstellt am: **30.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-630953

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Simone Brander

EIN PAAR IST EIN PAAR IST EIN

Die Entstehung des eidgenössischen Partnerschaftsgesetzes ...

Foto: Catherine Allisson

... ist eine längere Geschichte, doch nun scheint das Ende näher zu rücken!

Im Jahr 1995 wurde die von 85'000 Personen unterzeichnete Petition «Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare» an die Bundesversammlung übergeben. Leider passierte danach ein Jahr lang nichts, so dass am 6. Januar 1996 die Aktion «Lange Bank» lanciert wurde. Mittels einer überlangen Bank auf dem Bundesplatz erinnerten ca. 1000 Lesben und Schwule das Parlament daran, dass die vor einem Jahr eingereichte Petition nun endlich behandelt werden sollte. Es wurde klar deutlich gemacht, dass sich lesbische und schwule Anliegen nicht auf die lange Bank schieben lassen. Durch diese Aktion und zähem Lobbyismus konnte erreicht werden, dass die nationalrätliche Rechtskommission (entgegen ihrer ursprünglichen Pläne) für die Petition eintrat.

Mit klarer Mehrheit schlug die Kommission dem Gesamtrat vor, die in der Petition formulierten Forderungen als Postulat an den Bundesrat weiterzuleiten. Der Nationalrat gab diesem Begehren dann mit knapper Mehrheit nach und beauftragte den Bundesrat «zu prüfen, welche Formen zur Beseitigung der rechtlichen Probleme gleichgeschlechtlicher Zweierbeziehungen zu schaffen sind, und mit welchen Rechten und Pflichten eine derartige Institution zu verbinden wäre».

Der Widerstand des damals zuständigen Bundesrates Koller war so gross, das es nötig wurde, die gesamte Problematik einer breiter Öffentlichkeit bekannt zu machen. Am 31. Mai 1997 kam es zu einer ersten Grosskundgebung in Bern.

Ein nächster wichtiger Schritt zur Gleichberechtigung war die Einbeziehung des Diskriminierungsverbotes. Es war im Jahr 2000 mit der neuen Bundesverfassung in Kraft getreten. Vor allem Artikel 8 ist hier wichtig. Er beinhaltet das Verbot der Diskriminierung aufgrund der "Lebensform".

Nach ihrem zögerlichen Vorgänger Arnold Koller, verkündete Ruth Metzler endlich am 25. Oktober 2000, dass der Bundesrat ein eigenes Gesetz für eingetragene Paare entwerfen wird. Damit löste sie einen wahren Medienrummel aus. Schon am 14. November 2001 stellte die Innenministerin den Vorentwurf vor.

Im Dezember 2003 stimmte der Nationalrat dem Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare als Erstrat zu. Der Ständerat folgte im Sommer 2004. Schon während der Debatte im Nationalrat kündigte die Eidgenössisch Demokratische Union (EDU) an, dass sie gegen dieses Gesetz das Referendum ergreifen wird. Am 7. Oktober 2004 reichte sie entsprechenden Antrag mit 65'000 Unterschriften ein. Nun kommt es wahrscheinlich im Juni 2005 zur Volksabstimmung über das Partnerschaftsgesetz. Diese Befragung des Volkes müssen wir gewinnen, denn sonst findet diese lange Geschichte wieder kein Ende.